

NACHRICHTEN

Südlibanon: Israelische Vergeltungsangriffe

RASCHAJA: Die israelische Luftwaffe hat am Montag eine Serie von Vergeltungsangriffen gegen mutmassliche Hisbollah-Stellungen in Südlibanon geflogen, wie die libanesische Polizei mitteilte. Über mögliche Opfer wurde nichts bekannt. Noch am Wochenende hatte die Arabische Liga auf einer Sitzung in Beirut Israel davor gewarnt, seine Angriffe in Libanon fortzusetzen. Die Organisation empfahl ihren Mitgliedern, die Beziehungen zu Israel zu überdenken, sollte es weiterhin den Libanon angreifen. Israelische Kampfflugzeuge flogen vier Angriffe auf vermutete Positionen der Hisbollah. Dabei feuerten sie mindestens sieben Raketen auf ein Dorf nahe Zawter ab. Die israelische Armee bestätigte die Angriffe. Zuvor hatte die Hisbollah nach eigenen Angaben einen israelischen Posten in der Kreuzritterburg Beaufort am Rande der so genannten Sicherheitszone angegriffen. Über etwaige Opfer des Angriffs in Beaufort sei nichts bekannt, sagte die Polizei. Die israelische Luftwaffe feuerte später zudem mindestens 16 Raketen auf Stellungen einer prosyrischen palästinensischen Guerillagruppe (Fatah Intifada) in Südostlibanon an der Grenze zu Syrien.

Israel lässt weitere Gefangene frei

JERUSALEM: Israel hat am Montag angekündigt, in den nächsten Tagen weitere palästinensische Häftlinge freizulassen. Darüber werde derzeit mit den Palästinensern verhandelt. Das sagte der israelische Chefunterhändler Oded Eran in Jerusalem nach einem dreistündigen Treffen mit seinem palästinensischen Kollegen Saeb Erekat. Die Freilassung werde wahrscheinlich in den nächsten Tagen, aber voraussichtlich nicht vor Donnerstag stattfinden. Wie viele Häftlinge freikommen sollen, sagte Eran nicht. Seit dem Abschluss des Zwischenabkommens zwischen Israel und den Palästinensern im September hat Israel 450 palästinensische Häftlinge freigelassen.

Prozess gegen Serbengeneral Krstic

DEN HAAG: Vor dem internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag hat am Montag der Völkermord-Prozess gegen den früheren bosnischen Serbengeneral Radislav Krstic begonnen. Die Anklage wirft Krstic vor, für das Massaker von Srebrenica im Juli 1995 verantwortlich gewesen zu sein. Der 52-Jährige soll zusammen mit General Ratko Mladic die Truppen bosnischer Serben angeführt haben, die dort nach der Eroberung der Stadt tausende bosnischer Moslems ermordet hatten. Nach Angaben der Anklage wurden damals in der UNO-Schutzzone bis zu 30 000 der mehrheitlich moslemischen Einwohner getötet oder aus der Stadt vertrieben. Mladic wurde noch nicht gefasst. Während der Verlesung der Anklageschrift zeigte Krstic keine Gefühlsregung. Ankläger Mark Hamon erklärte, Krstic und der frühere Oberbefehlshaber der bosnischen Serben, Mladic, hätten mit ihren Einheiten die Stadt erobert.

ai richtet Vorwürfe an KFOR und NATO

PRISTINA: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) hat der NATO-geführten Friedensstruppe im Kosovo (KFOR) und der Polizei der Vereinten Nationen vorgeworfen, in der Provinz die Menschenrechte zu missachten. In einem am Montag veröffentlichten Bericht verweist ai insbesondere auf die Festnahme von 49 Kosovo-Albanern in Kosovska Mitrovica im Februar. Sie seien «unter menschenunwürdigen Bedingungen» festgehalten worden. So seien die Albaner weder über die Gründe ihrer Festnahme noch über ihre Rechte informiert worden. Auch einen Anwalt hätten sie nicht gesehen. Sie seien in einer ungeheizten Turnhalle untergebracht worden, deren Boden mit Schlamm bedeckt gewesen sei.

Ende der Sanktionen verlangt

EU-Staaten wollen an Massnahmen gegen Österreich festhalten

BRÜSSEL: Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wirbt für eine Normalisierung der Beziehungen mit den übrigen 14 EU-Staaten. Seinen erstmaligen Besuch als Regierungschef in Brüssel sah er als ersten Schritt zum Dialog.

Seine Reise nach Brüssel zum Treffen mit dem portugiesischen Regierungschef und EU-Ratsvorsitzenden Antonio Guterres nannte Schüssel am Montag «ungewöhnlich». Es sei indes eine «Geste, um einen Dialog zu beginnen», sagte der konservative Politiker vor den Medien.

Rede am Lissabon-Gipfel geplant

Schüssel war nach Brüssel gekommen, weil sich Guterres im Rahmen seiner derzeitigen Tour durch die EU-Hauptstädte nicht nach Wien begeben wollte. Guterres bereitet während seiner Treffen mit den EU-Regierungschefs den Beschäftigungsgipfel vom 23. und 24. März in Lissabon vor.

Schüssel wie Guterres bezeichneten nach dem Treffen vom Montag an gesonderten Pressekonferenzen ihre Gespräche als «konstruktiv». Schüssel sagte indes, der Ball liege nun bei den übrigen 14 EU-Staaten. Er selbst will in einer Rede am Lissabon-Gipfel für das Ende der Strafmassnahmen werben. Schüssel hielt aber auch fest,



Österreichs Kanzler Wolfgang Schüssel erklärte in Brüssel vor den Medien die Politik seines Landes. (Bild: Key.)

dass die Massnahmen, die die 14 EU-Länder wegen der Beteiligung der rechtspopulistischen FPÖ von Jörg Haider an der österreichischen Regierung ergriffen haben, «nicht dem Geist der EU-Verträge» entsprächen. Sie seien «unverhältnismässig, unfair und unterminieren die europäische Sache». Österreich plane indes keinen Boy-

kott der bevorstehenden EU-Reformen.

Guterres: Sanktionen bleiben

Guterres seinerseits erklärte, die Sanktionen der «Vierzehn» würden aufrecht erhalten, wenn es keine neue Entwicklung gebe. Die «Natur der FPÖ müsste sich ändern», hielt er dabei fest. Sichergestellt werde in-

des, dass Österreich weiter in der EU mitarbeiten könne. Die 14 EU-Staaten hatten nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich eingefroren. Schüssel wird Ende März zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz erwartet. Die österreichische Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner weilte bereits in Bern.

EU-Delegation spricht von Kriegsverbrechen

Kaukasus: Tschetschenischer Rebellenführer festgenommen

MOSKAU: Vertreter des Europarats haben Russland nach Abschluss einer Kaukasus-Reise Kriegsverbrechen in Tschetschenien vorgeworfen. Russland liess verlauten, der Rebellenführer Radujew sei festgenommen worden.

Der Leiter der Europarats-Delegation, Lord Judd, rief die russische Führung vor der Presse in Moskau dringend zur Aufnahme politischer Gespräche mit dem tschetschenischen Präsidenten Aslan Mascha-

dow auf. Mit ungewöhnlich scharfen Worten verurteilte Judd das russische Vorgehen in Tschetschenien.

Flüchtlinge, Gefangene und Bewohner Tschetscheniens hätten ihm gegenüber von Willkürmorden und Schikanen durch russische Soldaten berichtet, sagte Judd. Gleichzeitig seien aber auch «unannehmbar Gewalttaten» tschetschenischer Kämpfer zur Sprache gekommen.

Die Delegation erstattet der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Bericht, der dann im

April über einen Ausschluss Russland debattieren will.

In einer ersten Reaktion räumte der Menschenrechtsbeauftragte des russischen Parlaments, Oleg Mironow, Menschenrechtsverletzungen russischer Soldaten ein. Dabei handle es sich jedoch um Einzelfälle und nicht um eine vom Staat verfolgte Politik zur «Vernichtung des tschetschenischen Volks».

Russlands amtierender Präsident Wladimir Putin informierte persönlich über die Gefangennahme des

seit langem gesuchten tschetschenischen Feldkommandanten Salman Radujew. Der Rebellenführer sei bei einer Kommando-Aktion russischer Einheiten festgenommen worden, sagte Putin. FSB-Direktor Nikolai Patruschew erklärte, Radujew sei am Sonntag in dem Dorf Nowogrosnenski, rund 50 Kilometer östlich von Grosny, gefasst worden. «Er ist einer der berühmtesten Anführer der Banditen», sagte Putin. «Aber jetzt sitzt er im Gefängnis, wo er auch hingehört.»

Aznar: Politik der Mitte

Wahlen in Spanien: Offener Dialog mit allen Parteien versprochen

MADRID: Nach seinem überwältigenden Sieg bei den spanischen Parlamentswahlen hat Ministerpräsident José Maria Aznar eine Fortsetzung der Politik der Mitte angekündigt. Der konservative Regierungschef versprach einen offenen Dialog mit allen Parteien.

Seine Volkspartei (PP) werde den Gewinn der absoluten Mehrheit nicht dazu missbrauchen, ihre Ziele kompromisslos durchzusetzen, betonte der 47-jährige Aznar. Die PP hatte bei der Wahl das beste Ergebnis erzielt, das jemals eine Mitte-Rechts-Partei seit Spaniens Rückkehr zur Demokratie vor fast 25 Jahren erreicht hatte.

Sozialistenchef tritt zurück

Aznars sozialistischer Herausforderer Joaquin Almunia erlitt eine vernichtende Niederlage. Der 51-jährige Oppositionsführer kündigte auf Grund des Rechtsrucks noch in der Wahlnacht seinen Rücktritt als Parteichef der Sozialisten an.

Es sei der Linken nicht gelungen, ihre Anhänger zu mobilisieren, sagte Almunia, der sein Amt erst vor drei Jahren als Nachfolger von Ex-



Der grosse Sieger in Spanien, Jose Maria Aznar mit seiner Ehefrau Ana Botella in Madrid. (Bild: Keystone)

Ministerpräsident Felipe Gonzalez angetreten war.

44,5 Prozent für Volkspartei

Die PP erhielt nach dem vorläufigen Endergebnis am Sonntag 44,5 Prozent der Stimmen und damit im Parlament die absolute Mehrheit.

Die Sozialisten landeten zehn Prozentpunkte dahinter und erhielten 125 Sitze. Erstmals seit dem Spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939) waren die Sozialisten ein Bündnis mit den Kommunisten eingegangen. Die Vereinigte Linke (IU) verlor 13 von 21 Mandaten.

Schweiz plant Steuerreform

BERN: Der Bundesrat plant eine Steuerreform und nimmt eine Milliarde Ausfälle in Kauf. Die Familien sollen entlastet, der Börsenstempel reduziert, die Besteuerung des Eigenmietwerts abgeschafft werden. Die Begeisterung hält sich in Grenzen. Auf der finanzpolitischen Grossbaustelle wolle der Bundesrat jene Vorhaben realisieren, «die wir uns leisten können», sagte Finanzminister Kaspar Villiger am Montag vor den Medien im Bundeshaus. Unter dem Motto «mit gutem Gewissen ins neue Jahrhundert» sollen bei der neuen allgemeine Steueramnestie anders als beim letzten Straferlass von 1969 sollen Nachsteuern erhoben werden. Von der Verbreiterung der Steuerbasis erwartet Villiger Mehrerträge von etwa 100 Millionen. Die Eltern von Minderjährigen und von Kindern in Ausbildung sollen besser gestellt werden, Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren nicht länger benachteiligt sein. Damit nicht die Alleinstehenden die Zeche dafür bezahlen müssen, ist der Bundesrat bereit, Steuer ausfälle von 900 Millionen Franken in Kauf zu nehmen.